

II-10518 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6563 /J

A N F R A G E

1994 -05- 04

der Abgeordneten Dr. Puttinger, Dr. Leiner, Schwarzenberger  
und Kollegen  
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend Telefongebühren

Von vielen Wirtschaftstreibenden, besonders aber auch von  
Arbeitnehmerseite, wird über die Benachteiligung der  
Landbevölkerung bei den Telefongebühren Kritik geübt.

Davon abgesehen, daß wir in Österreich Telefonkosten haben,  
welche im internationalen Vergleich sehr hoch sind, müssen die  
nicht in Ballungsräumen lebenden Menschen wesentlich höhere  
Gesprächsgebühren bezahlen, andererseits telefonieren aber in  
Wien und Umgebung über 2 Mio. Menschen zum Ortstarif  
(25 km-Zone um S 40,--/Std.).

Um ihre Bezirkshauptstadt zu erreichen, müssen aber ca. 10% der  
Flachgauer und ca. 8% aller Salzburger (also rund 40.000 von  
500.000) das sechsfache, also S 240,--/Std. bezahlen  
(1. Inlandszone 25-100 km). Eine erträgliche Lösung könnte  
dadurch zustande kommen, daß die Ortstarifzone auf 50 km  
erweitert wird.

Gerade wenn man eine Urbanisierung Österreichs und deren  
erwiesenermaßen schlechte Auswirkung nicht wünscht, müßte die  
nicht in Ballungsräumen lebende Bevölkerung wirtschaftlich aber  
nicht noch mehr belastet werden.

- 2 -

Die Gemeinden im Bundesland Salzburg, welche nicht zum Ortstarif ihre Bezirkshauptmannschaft erreichen können, sind:

Flachgau (Salzburg) - St.Gilgen, Straßwalchen, Strobl  
Tennengau (Hallein) - Annaberg, Rußbach  
Pongau (St.Johann) - Badgastein, Filzmoos, Forstau, Untertauern  
Pinzgau (Zell/See) - Bramberg, Hollersbach, Krimml, Neukirchen,  
Lofer, St.Martin/Lofer, Unken, Wald

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

A n f r a g e:

- 1) Was werden Sie unternehmen, um die Benachteiligung hinsichtlich der Telefongebühren der in ländlichen Gebieten lebenden Bevölkerung in Salzburg gegenüber den Ballungszentren wie Wien zu reduzieren?
- 2) Werden Sie eine Angleichung der beiden Inlandstarife in die Wege leiten?  
Wenn ja, wann?  
Wenn nein, warum nicht?
- 3) Werden Sie sicherstellen, daß zumindest öffentliche Stellen und Sozialeinrichtungen von den Salzburgern, die in den aufgezählten Orten wohnen, zum Ortstarif angerufen werden können?  
Wenn ja, wann?  
Wenn nein, warum nicht?